

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 5.7.2012.

Auf Antrag der CDU wurden mit den Stimmen von CDU und FDP Anträge der Linken (Appell an die Abgeordneten im Bundestag und Bundesrat, dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen) und von BÜ 90/SPD (Bildung statt Betreuungsgeld) von der Tagesordnung genommen. Der Antrag von BÜ 90, die Verwaltungsvorlage zu den Gebühren für die Betreuung von Kindern von der Tagesordnung zu nehmen, weil noch keine abschließende Beratung im Jugendhilfeausschuss stattgefunden hat (die Vertreter der Träger der Jugendhilfe hatte keine Gelegenheit, Stellung zu nehmen), wurde von CDU und FDP abgelehnt.

aktuelle Anfragen

Nachdem am Tag der Ratssitzung mitgeteilt wurde, dass die **Ausflugsschiffe der Weisen Flotte** weiterhin nach Kaiserswerth fahren, zog die SPD ihre in diesem Zusammenhang eingereichte aktuelle Anfrage zurück. Gleichwohl wurde die Verwaltung um eine kurze Stellungnahme gebeten. Die Verwaltung teilte mit, dass sie lediglich auf die erforderliche Genehmigung für bestimmte Einrichtungen hingewiesen hatte.

Aufgrund einer Anfrage der freien Wähler zu einem möglichen **Public Viewing** für das 1. Bundesliga Heimspiel von Fortuna Düsseldorf gegen Borussia Mönchengladbach erläuterte die Verwaltung, dass bisher keine Anfrage eines privaten Veranstalters vorliegt. Dieser müsste die Sicherheitsstandards des DFB erfüllen, u.a. hinsichtlich Brandschutz, Sicherheitskonzept, Fantrennung, Ordnungs- und Rettungsdienst. Die Freibäder sind für derartige Veranstaltungen nicht geeignet.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von CDU und FDP zum **Carsharing** teilte die Verwaltung mit, dass es in Düsseldorf 80 stationsgebundene Fahrzeuge an 35 Standorten sowie 450 flexible Fahrzeuge. Das Angebot an flexiblen Fahrzeugen hat auch zu vermehrter Nachfrage der stationsgebundenen Fahrzeuge geführt. Eine Erweiterung des Angebots ist vorgesehen.

Die SPD griff mit einer Anfrage die Idee der Familienministerin von der Leyen auf, die den Chef der Bundesagentur für Arbeit bat zu prüfen, ob rund 5000 Personen (Hartz IV-BezieherInnen) zu **ErzieherInnen** weitergebildet werden könnten. Die Verwaltung stellte dar, wie viele Personen seit 2010 im Bereich Kinderbetreuung ausgebildet wurden: ErzieherInnen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) 94, im Jobcenter 50; im Bereich Kinderpflege bei der BA 52, im Jobcenter 34; im Bereich Tagespflege bei der BA 50, im Jobcenter 78. Die Bildungsgutscheine werden bei zertifizierten Anbietern eingelöst. Welcher Erfolg damit verbunden ist, ist lediglich bei den Teilnehmern im Bereich Tagespflege bekannt. Hier haben 74 der 78 TeilnehmerInnen die Ausbildung erfolgreich absolviert. Die Verwaltung führte aus, dass gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung hohe Anforderungen an die Personen gestellt werden. Als Hürden gelten der Schulabschluss (mindestens Fachoberschulreife), beruflicher Werdegang und Praxis, ggf. Konfessionszugehörigkeit.

Aufgrund einer Anfrage der Linksfraktion zum **Feuerwehrtartell** teilte die Verwaltung mit, dass seit 2000 38 Löschfahrzeuge, 14 Rüst- und Gerätewagen und 11 Drehleitern von Firmen bezogen wurden, gegen die das Bundeskartellamt eine Strafe verhängte. Der Stadt liegen keine Anhaltspunkte für erhöhte Preise vor. Allerdings prüft der Deutsche Städtetag, ob und in welcher Form Ansprüche geltend gemacht werden können. Da diese Antwort schon im März 2011 im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen aufgrund einer Anfrage der SPD gegeben wurde, wird nunmehr auf Nachfrage der SPD recherchiert, wie der aktuelle Stand beim Städtetag ist.

Anträge der Fraktionen

Einstimmig beauftragte der Rat auf Antrag von CDU/FDP die Verwaltung zu prüfen, inwieweit Gestaltungs- und Verschönerungsmaßnahmen am **Oberbilker Markt** auch ohne die versagte Förderung von Landesmitteln umgesetzt werden können.

Der Antrag der Linken zu prüfen, wie ein **kostenloses mobiles Internet** für BürgerInnen und Gäste unserer Stadt bereitgestellt werden kann, wurde auf Vorschlag von BÜ 10 verändert: Es sollte ein Konzept zu erstellt werden, wie in städtischen Einrichtungen mit Publikumsverkehr ein kostenfreies WLAN eingerichtet werden könnte. Dies wurde von CDU und FDP abgelehnt, Enthaltung freie Wähler.

Der Antrag der Linken, die Landesregierung aufzufordern, eine Initiative zur **Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten** zu starten, wurde von CDU und FDP und einem freien Wähler abgelehnt.

Der Antrag der SPD, den **Tausendfüßler** am Tag des offenen Denkmals am Sonntag, 9. September für den motorisierten Verkehr zu sperren und mit Denkmalschützern, Bürgervereinen, Künstlern und Initiativen ein Begleitprogramm zu entwickeln, wurde von CDU, FDP bei Enthaltung der freien Wähler abgelehnt.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Alle Bauabschnitte mit Ausnahme der Bauteile, die vom Abriss des Tausendfüßlers abhängig sind, befinden sich im Zeitplan. Der Abriss des Tausendfüßlers erfolgt zwischen dem 25.2. und 26.4.2013. Zuvor finden Vorlaufmaßnahmen zur Umleitung der Straßenbahnen statt.

Personalien

Zu Beginn der Ratssitzung wurde der im Mai gewählte Beigeordnete für Personal, Organisation, IT und Gesundheit Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke vereidigt.

Der Rat beschloss die Reihenfolge, in der die Beigeordneten bei Verhinderung des allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisters zur allgemeinen Vertretung berufen sind: 1. Beigeordneter Hintzsche, 2. Beigeordneter Bonin, 3. Beigeordneter Lohe, 4. Beigeordnete Stulgies, 5. Beigeordneter Dr. Keller, 6. Beigeordneter Prof. Dr. Meyer-Falcke. Über den Antrag der freien Wähler, den Beigeordneten Lohe an die erste Stelle zu setzen, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Der Rat wählte auf Vorschlag der Personalversammlung Gerd Lindemann zum ordentlichen Mitglied des Verwaltungsrats der Stadtparkasse sowie Frank Hinrichs als persönliches stellvertretendes Mitglied.

Der Rat änderte gegen freie Wähler die Bestimmungen zur Verleihung der Förderpreise für bildende Kunst, darstellende Kunst, Musik, Literatur und Wissenschaften und wählte die Mitglieder der Preisgerichte. Die SPD wird in der Jury bildende Kunst durch Cornelia Mohrs, in der Jury darstellende Kunst durch Walburga Benninghaus, in der Jury Musik durch Rajiv Strauß und in der Jury Literatur durch Philipp Tacer vertreten.

Der Rat wählte einstimmig Dagmar Burkandt zur Schiedsfrau im Bezirk Eller/Lierenfeld.

Der Rat nahm Ausschussumbesetzungen vor. Im Jugendhilfeausschuss ist die SPD nun anstelle von Walburga Benninghaus durch Ursula Holtmann-Schnieder vertreten.

Der Rat ersetzte Aufsichtsratsmitglieder bei der Zukunftswerkstatt, entsandte Vertreter in den Aufsichtsrat der RheinCargo GmbH und bestellte die Mitglieder des Gutachterachterausschusses für Grundstückswerte wieder.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss gegen SPD, Linke und Laubenburg den **Betriebsträgerwechsel** der viergruppigen städtischen Tageseinrichtung für Kinder Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße

19b zum nächst möglichen Zeitpunkt in die Trägerschaft des SOS Kinderdorf e.V. Durch die Übergabe der Trägerschaft reduzieren sich die städtischen Kosten um rd. 100.000 Euro. Die Verwaltung führt als Grund für den Trägerwechsel die Trägervielfalt im Stadtbezirk 10 an. Aufgrund des neuen Landespersonalvertretungsgesetzes konnte der Personalratsvorsitzende Wollborn im Rat eine Stellungnahme abgeben. Er begründete die ablehnende Haltung des Personalrats mit der Missachtung des Elternwillens (Trägerwechsel wird nicht gewünscht) und des Auseinanderbrechens eines hervorragend arbeitenden Teams.

Der Rat beschloss gegen freie Wähler bei Enthaltung der Linken die Richtlinien zur Umsetzung des kommunalen Programms **„Förderung der Errichtung von Mietwohnungen in der sozialen Wohnraumförderung durch Gewährung von städtischen Darlehen für den Grunderwerb“**. Ziel ist, dass jährlich 180 sozial geförderte Wohnungen entstehen.

Der Rat nahm bei Enthaltung der freien Wähler den **Jahresabschluss der Stadtparkasse** zur Kenntnis und beschloss, einen Teil des Bilanzgewinns in Höhe von 6 Mio Euro der Stadt und den Restbetrag von rd. 8,8 Mio Euro der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Die Sparkassenorgane wurden bei Enthaltung der freien Wähler entlastet.

Der Rat ermächtigte einstimmig die Verwaltung, vertragliche Verpflichtungen in Höhe von 50.000 Euro für den **Tanzkongress** zu Lasten des Haushaltsjahres 2013 einzugehen.

Nachdem der Rat im Dezember 2011 die Errichtung der **Stiftung Metzeler-Kakiemon** beschlossen hat, durch die kulturelle, künstlerische und wissenschaftliche Zwecke im In- und Ausland, insbesondere in den Bereichen Porzellan und Porzellanmalerei durch das Hetjens-Museum gefördert werden soll, wurde nun einstimmig die entsprechende Satzung beschlossen.

Der Rat beschloss einstimmig, eine **Geldspende des Freundeskreises Löbbeckemuseum und Aquazoo-Gesellschaft der Zoofreunde e.V.** in Höhe von 1,8 Mio anzunehmen. Mit einem Betrag von 0,75 Mio wird das Seewasser-Großbecken den Erfordernissen einer modernen Großfischhaltung angepasst. Mit dem verbleibenden Betrag werden ein Gehege für afrikanische Pinguine sowie weitere gestalterische Maßnahmen und eine durchgängige Kinderebene im gesamten Schaubereich finanziert.

Gegen SPD, BÜ 90, Linke, Laubenburg (Enthaltung freie Wähler) beschloss der Rat die **Beiträge für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in Tagespflege sowie im Rahmen der Offenen Ganztagschule** im Primarbereich ab 1.8.2012 zu verändern. Die für die Erhebung der Beiträge maßgebliche Einkommensgrenze wird von 24.542 auf 30.000 Euro erhöht. Für Anschlussbetreuungen ab 45 Stunden wird eine einheitlicher Zusatzbeitrag von 50 Euro eingeführt (auch unter 30.000 Euro Einkommen). Es wird eine neue Einkommensstufe „über 80.000 Euro“ eingeführt. Während die Beiträge bei der 25-Stunden-Betreuung reduziert werden, werden die Beiträge in den Bereichen 35 und 45-Stunden-Betreuung erhöht. Hierbei steigt z.B. der Beitrag in der Einkommensklasse von 30.001 bis 40.000 Euro von 65 auf 125 Euro, während der Beitrag in der Einkommensklasse 70.001 bis 80.000 Euro von 370 auf 380 Euro steigt. Die Gebühren in der Offenen Ganztagschule steigen je nach Einkommensgruppe um 10 bis 70 Euro. Die neue Gebührentabelle führt zu Mehreinnahmen von 1,8 Mio Euro, davon entfallen 1,2 Mio Euro auf die Erhöhung der Beiträge in der Betreuung in der offenen Ganztagschule. Es bleibt bei der Beitragsfreiheit für die Betreuung in Kindertageseinrichtung für Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt in allen Einkommensstufen.

Investitionen

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Ausführung und Finanzierung

- **der Sanierung der Bastionsmauer in Kaiserswerth.** Im Zuge der Sanierung und Sicherung der Bastionsmauer erhält der angrenzende Schulhof eine neue Pflasterung. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1,6 Mio Euro. Es wird ein Landeszuschuss in Höhe von 0,8 Mio erwartet. Die Arbeiten sollen zwischen Januar und September 2013 ausgeführt werden (einstimmig).

Baurecht

Der Rat beauftragte die Verwaltung, die städtischen Planungsüberlegungen für die **Regionalplanfortschreibung** an die Bezirksregierung zu melden. Zu den Veränderungen gehören u.a. die Gebiete Benrath, Paulsmühle – bisher Gewerbe- und Industrie GIB, künftig Allgemeines Siedlungsgebiet ASB -, Bergische Kaserne Hubbelrath – bisher Zweckbindung, künftig ASB -, Lörick, Oberlöricker Straße – bisher Freiraum, künftig ASB -, Truppenübungsplatz – bisher zweckgebundene Nutzung, teilweise Freiraum- und Agrarbereich, künftig Freiraum- und Agrarbereich und Schutz der Natur -, Eller Bahnhof – bisher Schienenweg, Betriebsfläche, künftig Waldbereich, Schutz der Landschaft, regionaler Grünzug-. Ergänzungsanträge der SDP – notwendige Wohnbaulandreserven entsprechend dem prognostizierten Bevölkerungswachstum bedarfsgerecht ermitteln -, von BÜ 90 - Erweiterung, Optimierung und Aktivierung der Wohnbaulandreserve im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes, bessere Ausnutzung der vorhandenen Flächen, ohne Freiraumfunktionen aufzugeben – und der freien Wähler – Schutz der Frei- und Grünflächen im besonderen Maße – fanden keine Mehrheit.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**